



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

GZ 10.017/19-1.7/92

Entwurf eines Bundesgesetzes
über das Verbot des Verbrennens
biogener Materialien außerhalb
von Anlagen;

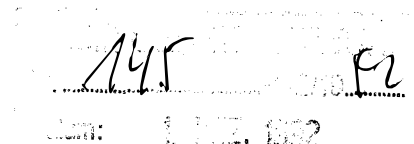
Stellungnahme

Sachbearbeiter:

VB I/a Mag. Meinhart

Tel.-Nr.: 515 95/2253

Fax-Nr.: 515 95/3270

An das
Präsidium des NationalratesParlament
1017 Wien

03. Dez. 1992

H. Lammert

Das Bundesministerium für Landesverteidigung übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes über das Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen.

27. November 1992
Für den Bundesminister:
S c h l i f f e l n e r25 BeilagenFür die Richtigkeit
der Ausfertigung:*Lehner*



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

GZ 10.017/19-1.7/92

Entwurf eines Bundesgesetzes
über das Verbot des Verbrennens
biogener Materialien außerhalb
von Anlagen;

Stellungnahme

Sachbearbeiter:

VB I/a Mag. Meinhart

Tel.-Nr.: 515 95/2253

Fax-Nr.: 515 95/3270

An das

Bundesministerium für

Umwelt, Jugend und Familie

Sektion I

Radetzkystraße 2

1031 Wien

Zu dem mit do. Note vom 22. Oktober 1992,
GZ 19 4444/7-I/8/92, übermittelten Entwurf eines Bundes-
gesetzes über das Verbot des Verbrennens biogener Mate-
rialien außerhalb von Anlagen, nimmt das Bundesministerium
für Landesverteidigung wie folgt Stellung:

§ 1 Abs. 1 des gegenständlichen Gesetzentwurfes sieht ein
generelles Verbot des Verbrennens biogener Materialien
außerhalb von Anlagen vor.

Um die Erfüllung der verfassungsgesetzlich normierten
Aufgaben des Bundesheeres zu gewährleisten, ist es bis-
weilen erforderlich, Maßnahmen zu treffen, die dem § 1
Abs. 1 des gegenständlichen Gesetzentwurfes widersprechen.
In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf das Verbren-
nen von "Lagerstroh", welches im Rahmen der Ausbildung,

- 2 -

aber auch bei einem Einsatz des Bundesheeres in ohnehin eher geringen Mengen bei Nüchtigungen der Truppe in Zeltlagern anfällt, hingewiesen. Zur Wahrung der Interessen der militärischen Landesverteidigung erscheint es daher unbedingt erforderlich, eine entsprechende Ausnahmebestimmung für Maßnahmen bei einem Einsatz des Bundesheeres in den Fällen des § 2 Abs. 1 des Wehrgesetzes 1990, bei der unmittelbaren Vorbereitung eines solchen Einsatzes sowie im Rahmen von einsatzähnlichen Übungen vorzusehen. Es wird daher ersucht, dem § 1 folgenden Abs. 4 anzufügen:

"(4) Das Bundesheer und die Heeresverwaltung unterliegen beim Einsatz gemäß § 2 Abs. 1 des Wehrgesetzes 1990, BGBl. Nr. 305, bei der unmittelbaren Vorbereitung dieses Einsatzes sowie bei einsatzähnlichen Übungen nicht diesem Bundesgesetz."

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Kopien dieser Stellungnahme übermittelt.

27. November 1992
Für den Bundesminister:
S c h l i f e l n e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

